

**Schriften zum Bürgerlichen Recht**

---

**Band 315**

# **Die Aufsichtshaftung der Eltern nach § 832 BGB – im Wandel!**

**Die Elternhaftung im Lichte  
des Wandels in der Verfassung, im bürgerlichen Recht  
und der Gesellschaft**

**Von**

**Falk Bernau**



**Duncker & Humblot · Berlin**

FALK BERNAU

**Die Aufsichtshaftung der Eltern  
nach § 832 BGB – im Wandel!**

Schriften zum Bürgerlichen Recht

Band 315

# Die Aufsichtshaftung der Eltern nach § 832 BGB – im Wandel!

Die Elternhaftung im Lichte  
des Wandels in der Verfassung, im bürgerlichen Recht  
und der Gesellschaft

Von

Falk Bernau



Duncker & Humblot · Berlin

Die Juristische Fakultät der Universität Potsdam hat diese Arbeit  
im Jahre 2003 als Dissertation angenommen.

**Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in  
der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische  
Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Alle Rechte vorbehalten  
© 2005 Duncker & Humblot GmbH, Berlin  
Fotoprint: Color-Druck Dorfi GmbH, Berlin  
Printed in Germany

ISSN 0720-7387  
ISBN 3-428-11714-X

Gedruckt auf alterungsbeständigem (säurefreiem) Papier  
entsprechend ISO 9706 ☉

Internet: <http://www.duncker-humblot.de>

*Meinen Eltern*

*Karl und Christa Bernau*



## Vorwort

Die vorliegende Arbeit wurde im Sommersemester 2003 von der Juristischen Fakultät der Universität Potsdam als Dissertation angenommen. Das Manuskript wurde mit dem Stand vom 31. August 2003 geschlossen.

Mein besonderer Dank gilt meinem Doktorvater Prof. Dr. Detlev W. Belling, M.C.L., der mich auf die der Arbeit zugrunde liegende Problematik aufmerksam gemacht und damit die vorliegende Arbeit angeregt hat. Für Gespräche zum Thema der Arbeit stand er mir stets hilfreich zur Seite. Mit seinem Rat und seinem Einsatz ist die Entstehung und der Fortgang der Arbeit sehr gefördert worden. Auf diesem Weg möchte ich ihm auch für die wertvollen Anregungen und Ideen danken, die ich während meiner Potsdamer Studienzeit aus seinen Lehrveranstaltungen gewinnen konnte. Diese haben mir bei der juristischen Arbeit bis zum heutigen Tage immer wieder geholfen.

Herrn Prof. Dr. Jens Petersen schulde ich Dank für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens.

Meiner Schwester Katrin Bernau danke ich für die Korrektur des Manuskripts.

Bedanken möchte ich mich auch bei der Konrad-Adenauer Stiftung für die mir gewährte ideelle und finanzielle Förderung in Form eines Promotionsstipendiums. An dieser Stelle gilt mein Dank wiederum Herrn Prof. Dr. Detlev W. Belling, M.C.L., und Herrn Prof. Dr. Uwe Hellmann, die meine Bewerbung um diese Promotionsförderung aktiv unterstützt haben.

Abschließend gilt mein Dank meinen Eltern Karl und Christa Bernau. Sie waren für mich und meine Schwestern immer da und haben uns stets in allen Belangen unterstützt und gefördert. Ihnen ist diese Arbeit gewidmet.

Lindau/Anhalt, im Oktober 2004

*Falk Bernau*





# Inhaltsverzeichnis

<b>Einleitung</b> .....	31
-------------------------	----

## *1. Teil*

### **Die Erläuterung der Haftung nach § 832 BGB**

<b>§ 1 Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 832 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB</b> .....	36
I. Der Aufsichtsbedürftige .....	36
II. Der Aufsichtspflichtige .....	37
1. Elterliche Aufsichtspflicht kraft Gesetzes .....	37
2. Derivative Aufsichtspflicht kraft Vertrages .....	43
a) Entstehungsgeschichte .....	44
b) Vertragserfordernisse .....	45
aa) Wirksamkeit des Vertrages .....	45
bb) Anforderungen an den Vertragsschluss .....	47
(1) Die Entwicklung bis zum Urteil des BGH v. 02.07.1968 .....	48
(2) Das Urteil des BGH v. 02.07.1968 .....	50
(3) Die weitere Entwicklung bis 2003 .....	52
(4) Stiefeltern und vertragliche Aufsichtsübernahme .....	58
cc) Rechtsfolge der vertraglichen Aufsichtsübernahme .....	60
III. Widerrechtliche Schadenszufügung .....	61
1. Die unerlaubte Handlung .....	62

a) Der Dritte i.S.d. § 832 Abs. 1 S. 1 BGB .....	62
b) Die Rechtsgutverletzung .....	64
c) Zurechenbare Schadensverursachung .....	64
aa) Das Adäquanzfordernis .....	65
bb) Das Urteil des BGH v. 10.10.1967 .....	67
d) Subjektive Tatbestandselemente .....	72
2. Rechtswidrigkeit .....	72
3. Verschulden .....	72
<b>§ 2 Die Analyse der Aufsichtsformel .....</b>	<b>74</b>
I. Die Entwicklung der Aufsichtsformel .....	74
1. Das RG .....	75
2. Die Entwicklung in der Bundesrepublik .....	75
3. Eigene Stellungnahme .....	81
a) Die Unterschiede zwischen alter und neuer Formel .....	81
b) Die Erklärung der Gleichbehandlung .....	83
II. Ergänzende abstrakte Ausführungen zur verwandten Formel .....	86
1. Die heranzuziehenden Kriterien für die Bestimmung der Aufsichtspflicht ..	86
2. Weitere abstrakte Ausführungen zur verwandten Formel .....	87
<b>§ 3 Die Entwicklung der Aufsichtsanforderungen in der Rechtsprechung     seit 1900 .....</b>	<b>93</b>
I. Der Umgang des Aufsichtsbedürftigen mit Mobilien .....	94
1. Schusswaffen .....	94
a) Jagdgewehre und Kleinkaliberwaffen .....	94
b) Luftgewehre/Windbüchsen .....	96

## Inhaltsverzeichnis

	11
2. Pfeil und Bogen .....	99
3. Wurfpeile .....	103
4. Spielzeugpistolen .....	104
a) Die Urteile des OLG Düsseldorf v. 18.07.1997 und 26.02.1999 .....	106
b) Eigene Stellungnahme zu den Urteilen des OLG Düsseldorf v. 18.07.1997 und 26.02.1999 .....	108
5. Stöcke .....	110
6. Schleudern .....	112
7. Das Werfen von Steinen .....	113
8. Feuerwerkskörper .....	115
9. Tiere .....	116
II. Brandschäden .....	117
1. Brandverursachung durch normal entwickelte Kinder .....	117
a) Kinder bis zum Ende des Grundschulalters .....	118
aa) Belehrung .....	118
bb) Verwahrung von Zündmitteln im Haushalt .....	121
cc) Besitzkontrolle .....	126
dd) Allgemeine Aufsichtsmaßnahmen .....	127
b) Dem Grundschulalter entwachsene Kinder .....	128
2. Besondere negative Veranlagung des Kindes .....	129
3. Grillunfälle .....	132
III. Kinder als Verkehrsteilnehmer .....	134
1. Kinder als Fußgänger .....	134
a) Ohne Begleitperson .....	134
b) Mit Begleitperson .....	138

aa) Auf der Straße .....	138
bb) Auf dem Bürgersteig .....	140
2. Die Benutzung kindertypischer Fortbewegungsmittel .....	143
3. Kinder als Fahrradfahrer .....	146
a) Ohne Begleitperson .....	146
aa) Kriterien für die selbstständige Fahrradbenutzung .....	146
(1) Die Rechtsprechung .....	146
(2) Das Schrifttum .....	152
(3) Eigene Stellungnahme .....	153
bb) Weitere Einzelfälle .....	154
b) Mit Begleitperson .....	157
4. Minderjährige Kraftfahrzeugführer .....	160
a) Im Besitz einer entsprechenden Fahrerlaubnis .....	160
b) Ohne Besitz einer entsprechenden Fahrerlaubnis .....	161
IV. Alleinlassen von Kindern .....	162
1. Im öffentlichen Verkehrsraum .....	162
2. In Haus und Garten .....	165
3. Im Auto .....	168
V. Übertragung der Aufsicht .....	169
1. Auf einen nicht originär Verpflichteten .....	169
a) Die Rechtsprechung .....	169
b) Das Schrifttum .....	171
2. Die Aufsichtsübertragung in der Ehe .....	175
a) Die Rechtsprechung .....	175

b) Das Schrifttum .....	177
c) Einzelfälle .....	178
VI. Sonstige Aufsichtssituationen .....	179
1. Die Begehung vorsätzlicher Straftaten .....	179
2. Baustellen, Bauernhof .....	183
3. Küchen, Geschäfte .....	184
4. Wintersport .....	185
<b>§ 4 Die Exkulpation der Kausalitätsvermutungen .....</b>	<b>186</b>
I. § 832 Abs. 1 S. 2 F 2 BGB .....	186
1. Entstehungsgeschichte .....	186
2. Die Reichweite der Vermutungswirkung in § 832 Abs. 1 S. 2 F 2 BGB ....	187
3. Die Exkulpation nach § 832 Abs. 1 S. 2 F 2 BGB .....	190
a) Allgemeines .....	190
b) Neuere Urteile .....	192
II. Kausalitätswiderlegung aufgrund des Schutzzweckes der Norm .....	195
1. Allgemeines .....	195
2. Urteile .....	196
<b>§ 5 Die Einschätzung der Rechtsprechung zu § 832 BGB .....</b>	<b>198</b>
I. Die Bewertung der Anforderungen an die Aufsichtsführung .....	198
1. Die Rechtsprechung .....	198
2. Das Schrifttum .....	198
II. Die einzelnen Aufsichtsmaßnahmen .....	206
III. Eigene Stellungnahme .....	207

*2. Teil***Der rechtliche und gesellschaftliche Kontext von § 832 BGB**

<b>§ 1 Die verfassungsrechtliche Entwicklung von Ehe und Familie</b> .....	210
I. Die Entwicklung von 1900 bis zum GG .....	211
II. Die Entstehungsgeschichte von Art. 6 Abs. 1, 2 GG .....	214
III. Die Veränderungen des verfassungsrechtlichen Schutzes von Ehe und Familie im GG gegenüber der WRV .....	216
IV. Art. 6 Abs. 1 GG .....	218
1. Der Schutzbereich von Ehe und Familie .....	218
a) Der Ehebegriff .....	220
b) Der Familienbegriff .....	221
aa) Der Familienbegriff des BVerfG .....	221
bb) Der Familienbegriff im Schrifttum .....	224
cc) Der Familienbegriff und § 832 BGB .....	228
2. Der besondere Schutz der staatlichen Ordnung .....	230
3. Die drei Dimensionen des Schutzes von Ehe und Familie in Art. 6 Abs. 1 GG .....	232
a) Art. 6 Abs. 1 GG als Abwehrrecht .....	233
b) Art. 6 Abs. 1 GG als Institutsgarantie .....	234
c) Art. 6 Abs. 1 GG als objektive Wertentscheidung .....	235
aa) Die Rechtsprechung des BVerfG .....	235
bb) Das Schrifttum .....	239
d) Art. 6 Abs. 1 GG und § 832 BGB .....	242
aa) Das Schrifttum .....	242
bb) Eigene Stellungnahme .....	245

V. Art. 6 Abs. 2 GG .....	249
<b>§ 2 Die Entwicklung von Ehe und Familie im bürgerlichen Recht .....</b>	<b>254</b>
I. Die Entwicklung der Ehe im BGB .....	255
1. Das gesetzliche Eheleitbild .....	255
2. Das Urteil des BGH v. 13.06.2001 .....	257
3. Der Beschluss des BVerfG v. 05.02.2002 .....	259
4. Lehren für § 832 BGB .....	260
II. Die Entwicklung des elterlichen Sorgerechts im BGB .....	261
1. Die Rechtslage bis zum 31.03.1953 .....	261
2. Die Rechtslage vom 01.04.1953 bis zum 30.06.1957 .....	263
3. Die Rechtslage vom 01.07.1957 bis zum 31.12.1979 .....	264
4. Die Rechtslage vom 01.01.1980 bis zum 30.06.1998 .....	267
5. Die Rechtslage ab dem 01.07.1998 .....	271
6. Das Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung v. 02.11.2000 .....	273
7. Zusammenfassung der Sorgerechtsentwicklung .....	274
8. Die Auswirkungen der Sorgerechtsentwicklung auf § 832 BGB .....	275
III. Das Verhältnis zwischen § 832 Abs. 1 BGB und §§ 1626 Abs. 1, 2, 1631 Abs. 1, 2 BGB .....	277
1. Die Einwirkung des § 1626 Abs. 2 S. 1 BGB auf § 832 Abs. 1 S. 2 BGB über § 1631 Abs. 1 F 3 BGB .....	278
2. Die Einwirkung des § 1626 Abs. 2 S. 1 BGB auf § 832 Abs. 1 S. 2 BGB über § 1631 Abs. 1 F 2 BGB .....	281
3. Das Verhältnis zwischen § 1631 Abs. 2 BGB und § 832 Abs. 1 BGB .....	283
4. Das Verhältnis zwischen Erziehungsauftrag und Aufsichtspflicht .....	285
5. Zusammenfassung .....	286



<b>§ 3 Die Entwicklung der Minderjährigenhaftung im bürgerlichen Recht</b> .....	287
I. Der Beschluss des BVerfG v. 13.05.1986 .....	287
II. § 1629a BGB .....	289
III. § 828 Abs. 2 BGB a.F. ....	290
1. In der Rechtsprechung .....	291
a) Der Vorlagebeschluss des OLG Celle v. 26.05.1989 .....	291
b) Das Urteil des LG Bremen v. 15.02.1991 .....	292
c) Der Vorlagebeschluss des LG Dessau v. 25.09.1996 .....	293
2. Der Beschluss des BVerfG v. 13.08.1998 .....	294
3. Im Schrifttum .....	296
IV. Das SchadÄndG v. 19.07.2002 .....	298
V. Der Einfluss des § 828 Abs. 2 BGB auf die Aufsichtspflicht in § 832 Abs. 1 BGB .....	302
1. Der Meinungsstand .....	302
2. Eigene Stellungnahme .....	305
VI. Die Auswirkungen der Reformgedanken zur Minderjährigenhaftung auf § 832 BGB .....	307
VII. Zusammenfassung .....	311
<b>§ 4 Die gesellschaftliche Entwicklung von Ehe und Familie</b> .....	312
I. Die gesellschaftlichen Verhältnisse bei In-Kraft-Treten des § 832 BGB .....	312
II. Die gesellschaftlichen Verhältnisse im Jahr 2003 .....	315
III. Die Ursachen für die heutigen gesellschaftlichen Verhältnisse .....	318
1. Das soziale Sicherungssystem .....	318
a) Die Kollektivierung der Altersversorgung .....	318
b) Die Konsequenzen für die Eltern .....	319

Inhaltsverzeichnis	17
c) Die Korrekturen durch das BVerfG .....	323
2. Weitere Ursachen für den Geburtenrückgang .....	325
a) Die zunehmende Bildungsbeteiligung und Erwerbstätigkeit der Frau ...	326
b) Der Wertewandel der Gesellschaft .....	329
IV. Gesellschaftlicher Wandel und § 832 BGB .....	333
1. Der Grundgedanke des § 832 BGB .....	334
a) In der Rechtsprechung .....	334
b) In den Gesetzesmaterialien .....	337
c) Im Schrifttum .....	339
2. Eigene Stellungnahme .....	343

### *3. Teil*

#### **Die Reformgedanken zu § 832 BGB**

<b>§ 1 Die bisher vertretenen Reformvorschläge .....</b>	<b>351</b>
I. Der Gesichtspunkt des Privathaftpflichtversicherungsschutzes .....	351
II. Die einzelnen Reformvorschläge .....	355
1. Keine Änderung der Haftungslage .....	355
a) Beibehaltung des § 832 BGB .....	355
b) Beibehaltung des § 832 BGB mit Plädoyer für eine freiwillige Haftpflichtversicherung .....	356
2. Die Verschärfung der Elternhaftung .....	356
a) Exkulpation nur bei Unvermeidbarkeit des Schadens .....	356
b) Objektive Gefährdungshaftung mit Plädoyer für eine freiwillige Haftpflichtversicherung .....	357
c) Objektive Gefährdungshaftung i.V.m. einer Pflicht- Haftpflichtversicherung .....	359

3. Die Milderung der Elternhaftung .....	361
a) Abschaffung des § 832 BGB .....	361
b) Abschaffung der Beweislastumkehr i. V. m. der Haftungsbeschränkung auf Vorsatz und grobe Fahrlässigkeit .....	361
c) Ergänzung des § 832 BGB um das Erfordernis einer schuldhaften unerlaubten Handlung des Aufsichtsbedürftigen .....	362
d) Elternfreundlichere Auslegung des unveränderten § 832 BGB mit Plädoyer für eine Pflicht-Haftpflichtversicherung .....	363
e) Elternfreundlichere Auslegung des unveränderten § 832 BGB .....	364
III. Das Für und Wider der Reformvorschläge .....	365
1. Die Einführung einer Gefährdungshaftung der Eltern .....	365
a) Die Argumente für eine Gefährdungshaftung der Eltern .....	365
b) Die Argumente gegen eine Gefährdungshaftung der Eltern .....	366
2. Die Einführung einer Pflicht-Haftpflichtversicherung für Kinder .....	368
a) Der Leistungsumfang der Haftpflichtversicherung .....	368
b) Die Argumente für die Einführung einer Pflicht-Haftpflicht- versicherung für Kinder .....	368
c) Die Argumente gegen die Einführung einer Pflicht-Haftpflicht- versicherung für Kinder .....	370
3. Die Beweislastumkehr in § 832 Abs. 1 BGB .....	373
a) Die Darlegungs- und Beweislast in § 832 Abs. 1 BGB .....	373
b) Die Darlegungs- und Beweislast für die Aufsichtspflichtverletzung in § 832 Abs. 1 BGB .....	374
aa) Der Aufsichts Anlass .....	374
(1) Die Rechtsprechung .....	374
(2) Das Schrifttum .....	377
bb) Die Vorhersehbarkeit des Aufsichts anlasses .....	379

(1) Die Rechtsprechung .....	379
(2) Das Schrifttum .....	380
c) Die Handhabung der Beweislastumkehr in § 832 Abs. 1 BGB durch die Rechtsprechung .....	381
aa) Die Aufklärungs- und Hinweispflicht gemäß § 139 ZPO .....	382
bb) Die Berücksichtigung der Beweisschwierigkeiten der Eltern .....	383
d) Die Argumente gegen die Beibehaltung der Beweislastumkehr in § 832 Abs. 1 BGB .....	386
e) Die Argumente für die Beibehaltung der Beweislastumkehr in § 832 Abs. 1 BGB .....	388
4. Die Einführung einer Haftungserleichterung für Eltern .....	389
a) Die Argumente gegen die Einführung einer Haftungserleichterung für Eltern .....	389
b) Die Argumente für die Einführung einer Haftungserleichterung für Eltern .....	391
IV. Ergebnis .....	392
<b>§ 2 Der eigene Reformvorschlag .....</b>	<b>394</b>
I. Der Reformvorschlag .....	394
1. <i>De lege ferenda</i> .....	394
2. <i>De lege lata</i> .....	395
3. Erläuterung .....	396
a) Keine Haftung für leichte Fahrlässigkeit .....	396
aa) Der Umfang der Haftungsprivilegierung .....	396
bb) Die leichte Fahrlässigkeit .....	398
cc) Der begünstigte Personenkreis .....	402
b) Die Aufgabe der unbedingten, einseitigen Risikozuweisung .....	404

c) Die konsequente Beachtung des § 1626 Abs. 2 BGB bei der Bestimmung des gebotenen Aufsichtsmaßes .....	404
II. Die dogmatischen Grundlagen des Reformvorschlages .....	405
1. Die Grundsätze der Grundrechtswirkung im Zivilrecht .....	405
a) Die Rechtsprechung .....	406
aa) Das BVerfG .....	406
bb) Der BGH .....	408
cc) Das BAG .....	408
b) Die Auswirkungen der Grundrechtswirkung für die Rechtsan- wendung im Zivilrecht .....	413
aa) Die allgemeinen Auswirkungen .....	413
bb) Die Auswirkungen im Deliktsrecht .....	414
c) Die Grundrechtswirkung und § 832 BGB .....	415
2. Die grundrechtliche Schutzpflichtlehre .....	418
a) Die Grundlagen .....	418
b) Die grundrechtliche Schutzpflicht und § 832 BGB .....	419
3. Die Grundsätze des Deliktsrechts .....	420
a) Die Grundlagen .....	420
b) Die Grundsätze des Deliktsrechts und § 832 BGB .....	426
aa) Das Spannungsverhältnis in § 832 BGB .....	426
bb) § 832 BGB und das Argument der Versicherungsmöglichkeit .....	427
4. Die Grundsätze der richterlichen Rechtsfortbildung .....	431
a) Das BVerfG .....	431
b) Das Schrifttum .....	433
c) Die Grundsätze der richterlichen Rechtsfortbildung und § 832 BGB .....	435

Inhaltsverzeichnis	21
--------------------	----

*4. Teil*

<b>Die Thesen der Arbeit</b>	<b>438</b>
------------------------------	------------

<b>Literaturverzeichnis</b> .....	<b>441</b>
-----------------------------------	------------

<b>Sachwortverzeichnis</b> .....	<b>454</b>
----------------------------------	------------

## **Tabellenverzeichnis**

<i>Tabelle 1:</i> Anteil der ehelich geborenen Kinder an den Lebendgeborenen im früheren Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung .....	219
<i>Tabelle 2:</i> Anteil der ehelich geborenen Kinder an den Lebendgeborenen in Deutschland nach der Wiedervereinigung .....	220
<i>Tabelle 3:</i> Anteil der in relativer Einkommensarmut lebenden Bevölkerung nach Haushaltstypen, 2000 .....	321
<i>Tabelle 4:</i> Haushaltseinkommen und Konsumausgaben privater Haushalte für Kinder nach Haushaltstypen, 1998 .....	322
<i>Tabelle 5:</i> Erwerbsbeteiligung der 15- bis 64-jährigen Mütter nach Alter des jüngsten Kindes im Haushalt, 1991, 2000 .....	327
<i>Tabelle 6:</i> Verfügbare Kinderbetreuungseinrichtungen nach Bundesländern zum 31.12.1998 .....	328
<i>Tabelle 7:</i> Familienstand der Mütter und Väter von Kindern unter 18 Jahren .....	333
<i>Tabelle 8:</i> Verbreitung der Privathaftpflichtversicherung in deutschen Haushalten im Bundesgebiet vor der Wiedervereinigung .....	352
<i>Tabelle 9:</i> Verbreitung der Privathaftpflichtversicherung in deutschen Haushalten im Bundesgebiet nach der Wiedervereinigung .....	353

## Abkürzungsverzeichnis

A.	Auflage
a. A.	anderer Ansicht
a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
AcP	Archiv für die civilistische Praxis (Bd., Jahr, Seite)
ADAC	Allgemeiner Deutscher Automobil-Club
a. E.	am Ende
a. F.	alte Fassung
AG	Amtsgericht
ALR	Allgemeines Landrecht für die Preußischen Staaten von 1794
AMG	Arzneimittelgesetz
Anh.	Anhang
Anm.	Anmerkung
AöR	Archiv für öffentliches Recht (Bd., Jahr, Seite)
ArbG	Arbeitsgericht
ArchBürgR	Archiv für bürgerliches Recht (Bd., Seite)
ARS	Arbeitsrechtssammlung mit Entscheidungen des Reichsarbeitsgerichts, der Landesarbeitsgerichte und Arbeitsgerichte
Art.	Artikel
Artt.	Artikel, Plural
AT	Allgemeiner Teil
AtomG	Atomgesetz
Az	Aktenzeichen
BAG	Bundesarbeitsgericht
BAGE	Entscheidungen des BAG (Bd., Seite)
Baumbach	Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, ZPO
Bay	Bayern
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BB	Der Betriebs-Berater (Z, Jahr, Seite)
Bbg	Brandenburg



BBR	Besondere Bedingungen und Risikobeschreibungen zur Privathaftpflichtversicherung
Bd.	Band
BDM	Bund Deutscher Mädel (Organisation der HJ)
Berliner Kommentar	Berliner Kommentar zum Versicherungsvertragsgesetz
BerlinKomm	Berliner Kommentar zum GG
BFH	Bundesfinanzhof
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBI I	Bundesgesetzblatt Teil I
BGH	Bundesgerichtshof
BGHZ	Entscheidungen des BGH in Zivilsachen (Bd., Seite)
BIGBW	Blätter für Grundstücks-, Bau- und Wohnungsrecht (Z, Jahr, Seite)
Bln	Berlin
BMFSFJ	Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
BR-Drucks.	Bundesratsdrucksache
Brem	Bremen
BStBl	Bundessteuerblatt
BT	Besonderer Teil
BT-Drucks.	Bundestagsdrucksache
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des BVerfG (Bd., Seite)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
B-W	Baden-Württemberg
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
Cc	Code civil
CDU	Christlich-Demokratische Union
d.	der
DAR	Deutsches Autorecht (Z, Jahr, Seite)
Das Recht	Rundschau für den deutschen Juristenstand (Z, Jahr, Nr.)
DAV	Der Amtsvormund, Rundbrief des Deutschen Instituts für Vormundschaftswesen (Bd., Seite)
ders.	derselbe
d. h.	das heißt
Die Justiz	Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg (Z, Jahr, Seite)

dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DJT	Deutscher Juristentag
DM	Deutsche Mark
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung (Z, Jahr, Seite)
Dr.	Doktor
DRiZ	Deutsche Richterzeitung (Z, Jahr, Seite)
DVBt	Deutsches Verwaltungsblatt (Z, Jahr, Seite)
DWW	Deutsche Wohnungswirtschaft (Z, Jahr, Seite)
E I	Erster Entwurf eines BGB für das Deutsche Reich, erste Lesung
E II	Zweiter Entwurf eines BGB für das Deutsche Reich, zweite Lesung
E III	Dritter Entwurf eines BGB für das Deutsche Reich, dritte Lesung
1. EheRG	Erstes Gesetz zur Reform des Ehe- und Familienrechts v. 14.06.1976
Einl	Einleitung
Entw.	Entwurf
ErfK	Erfurter Kommentar
EUR	Euro
F	Fall
f	folgend
FamÄndG	Gesetz zur Vereinheitlichung und Änderung familien- rechtlicher Vorschriften v. 11.08.1961
FamR	Familienrecht
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte amilienrecht (Z, Jahr, Seite)
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
ff	fortfolgend
Fn.	Fußnote
Frankfurt/M.	Frankfurt/Main
Freiburg/Br.	Freiburg/Breisgau
Frhr.	Freiherr
FS	Festschrift
FuR	Familie und Recht (Z, Jahr, Seite)
GdS	Gedächtnisschrift
GDV	Gesamtverband der Deutschen Versicherungswirtschaft

GG	Grundgesetz
ggf.	gegebenenfalls
GleichberG	Gesetz über die Gleichberechtigung von Mann und Frau auf dem Gebiet des bürgerlichen Rechts v. 18.06.1957
Gruchot	Gruchot Beiträge zur Erläuterung des Deutschen Rechts (Z, Bd., Nr., Seite)
GS	Großer Senat
GVBl	Gesetz- und Verordnungsblatt
H	Heft
HaftpflG	Haftpflichtgesetz
Halbbd.	Halbband
Hbg	Hamburg
Hess	Hessen
HEZG	Hinterbliebenenrenten- und Erziehungszeiten-Gesetz v. 11.07.1985
HJ	Hitlerjugend, nationalsozialistische Jugendorganisation
Hk	Handkommentar zum BGB
h. M.	herrschende Meinung
HPflG	Haftpflichtgesetz
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (Z, Jahr, Nr.)
Hrsg.	Herausgeber
hrsg.	herausgegeben
HS	Halbsatz
HStR	Handbuch des Staatsrechts der Bundesrepublik Deutschland
HVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland
i. d. F.	in der Fassung
i. d. R.	in der Regel
InsO	Insolvenzordnung
i. S.	im Sinn
i. S. d.	im Sinne des
i. S. v.	im Sinne von
i. V. m.	in Verbindung mit
JA	Juristische Arbeitsblätter (Z, Jahr, Seite)
JGG	Jugendgerichtsgesetz
JMBI	Justizministerialblatt
JR	Juristische Rundschau (Z, Jahr, Seite)

Jugendwohl	Jugendwohl (Z, Jahr, Seite)
jun.	junior
Jura	Juristische Ausbildung (Z, Jahr, Seite)
JurPC	Internet-Zeitschrift für Rechtsinformatik (Z, Web-Dok., Abs.)
JuS	Juristische Schulung (Z, Jahr, Seite)
JW	Juristische Wochenschrift (Z, Jahr, Nr., Seite)
JZ	Juristen Zeitung (Z, Jahr, Seite)
Kap.	Kapitel
Kfz	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht
KGR	KG-Report (Z, Jahr, Seite)
KindRG	Kindschaftsreformgesetz v. 16.12.1997
KLG	Kindererziehungsleistungs-Gesetz v. 12.07.1987
km/h	Kilometer pro Stunde
KritJ	Kritische Justiz (Z, Jahr, Seite)
L	Leitsatz
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
LM	Lindenmaier und Möhring, Nachschlagewerk des BGH in Zivilsachen
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LPartGDisBG	Gesetz zur Beendigung der Diskriminierung gleichgeschlechtlicher Gemeinschaften v. 10.11.2000
LSA	Land Sachsen-Anhalt
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
LVerf	Landesverfassung
LVVB	Bayerische Landesverordnung über die Verhütung von Bränden v. 19.04.1966
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (Z, Jahr, Nr., Seite)
m	Meter
MBI	Ministerialblatt (Nr., Jahr)
MDR	Monatschrift für Deutsches Recht (Z, Jahr, Seite)
MHbeG	Gesetz zur Beschränkung der Haftung Minderjähriger v. 25.08.1998
min	Minute
Mio.	Million
MK	Kultusministerium

Motive	Motive zu dem Entwurfe eines Bürgerlichen Gesetzbuches für das Deutsche Reich
MünchHdb	Münchener Handbuch zum Arbeitsrecht
MünchKomm	Münchener Kommentar zum BGB
M-V	Mecklenburg-Vorpommern
m. w. N.	mit weiteren Nachweisen
NA-Beschl	Nichtannahme-Beschluss
NBW	Nieuwe Burgerlijk Wetboek
Nds	Niedersachsen
NdsRpfl	Niedersächsische Rechtspflege (Z, Jahr, Seite)
NDV	Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (Z, Jahr, Seite)
NEhelG	Gesetz über die rechtliche Stellung der nichtehelichen Kinder v. 19.08.1969
n. F.	neue Fassung
NJW	Neue Juristische Wochenschrift (Z, Jahr, Seite)
NJW-Beil	NJW-Beilage
NJW-Doku	NJW-Dokumentation
NJW-RR	NJW-Rechtsprechungs-Report Zivilrecht (Z, Jahr, Seite)
NL	Neue Länder
Nr.	Nummer
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht (Z, Jahr, Seite)
N-W	Nordrhein-Westfalen
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeitsrecht (Z, Jahr, Seite)
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht (Z, Jahr, Seite)
o. g.	oben genannt
OGH	Oberster Gerichtshof für die Britische Zone
OGHZ	Entscheidungen des OGH für die Britische Zone in Zivilsachen (Bd., Seite)
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Rechtsprechung Neue Länder (Z, Jahr, Seite)
OLGR	OLG-Report (Z, Jahr, Seite)
OLGR-NL	OLG-Report Neue Länder (Z, Jahr, Seite)
OLGZ	Entscheidungen der OLG'e in Zivilsachen (Bd., Seite)
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Die Politische Meinung, Monatsschrift zu Fragen der Zeit (Nr., Erscheinungsmonat, Seite)

ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
RdErl	Runderlass
RdK	Das Recht des Kraftfahrers (Z, Jahr, Nr., Seite)
Red.	Redaktion
RG	Reichsgericht
RGBI	Reichsgesetzblatt
RGRK	Reichsgerichtsrätekommentar
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen (Bd., Seite)
Rn.	Randnummer
R-P	Rheinland-Pfalz
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger (Z, Jahr, Seite)
RRG	Rentenreformgesetz v. 18.12.1989
r+s	Recht und Schaden (Z, Jahr, Seite)
S.	Satz; bei Literaturangabe: Seite
S-A	Sachsen-Anhalt
Sa	Sachsen
Saar	Saarland
SchadÄndG	Zweites Schadensersatzrechtsänderungsgesetz v. 19.07.2002
SCHS-ZTG	Schiedsamtzeitung (Z, Jahr, Seite)
SeuffA	Seufferts Archiv (Z, Bd., Nr., Seite)
SeuffBl	Seufferts Blätter für die Rechtsanwendung (Z, Jahr, Seite)
SGB	Sozialgesetzbuch
S-H	Schleswig-Holstein
SMG	Gesetz zur Modernisierung des Schuldrechts v. 26.11.2001
sog.	sogenannte
SorgeRG	Gesetz zur Neuregelung des Rechts der elterlichen Sorge v. 18.07.1979
SP	Schaden-Praxis (Z, Jahr, Seite)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
stdg. Rspr.	ständige Rechtsprechung
StGB	Strafgesetzbuch
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
Thür	Thüringen

u. a.	unter anderem
usw.	und so weiter
v.	von; bei Datumsangabe: vom
VAE	Verkehrsrechtliche Abhandlungen und Entscheidungen (Bd., Nr., Seite)
VersR	Versicherungsrecht (Z, Jahr, Seite)
vgl.	vergleiche
VGT	Verkehrsgerichtstag; ferner Veröffentlichungen der auf dem Verkehrsgerichtstag gehaltenen Referate und Entschlüsse (Bd. [Jahr], Seite)
VolljKGG	Volljährigkeitsgesetz v. 31.07.1974
Vor	Vorbemerkung
Vorbem	Vorbemerkung
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung (Bd., Nr., Seite)
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer (Bd., Seite)
VVG	Versicherungsvertragsgesetz
VW	Versicherungswirtschaft (Z, Jahr, Seite)
Warn	Warneyer, Die Rechtsprechung des Reichsgerichts (Jahr, Nr., Seite)
Web-Dok.	Web-Dokument
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WRV	Weimarer Reichsverfassung
Wussow	Wussow/Dressler, Unfallhaftpflichtrecht
Z	Zeitschrift
ZAP	Zeitschrift für Anwaltspraxis (Fach, Seite)
z. B.	zum Beispiel
ZBlJugR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt (Z, Jahr, Seite)
ZfBW	Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft (Z, Jahr, Seite)
ZFE	Zeitschrift für Familien und Erbrecht (Z, Jahr, Seite)
ZfS	Zeitschrift für Schadensrecht (Z, Jahr, Seite)
zit.	zitiert
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik (Z, Jahr, Seite)

## Einleitung

In der juristischen Ausbildung und auch im juristischen Schrifttum fristet § 832 BGB eher ein Schattendasein. Trotz dieser stiefmütterlichen Behandlung kommt der Norm im alltäglichen Leben der Familie eine herausgehobene Bedeutung zu. Nach § 832 Abs. 1 S. 1 BGB haften die Eltern grundsätzlich für Schäden, die ihr Kind, das wegen der Minderjährigkeit der Beaufsichtigung bedarf, Dritten widerrechtlich zufügt. Sie können sich gemäß § 832 Abs. 1 S. 2 BGB entlasten, indem sie nachweisen, dass sie ihrer Aufsichtspflicht genügt haben oder dass der Schaden auch bei gehöriger Aufsichtsführung entstanden wäre. Entgegen den allgemeinen Beweisregeln findet also durch § 832 Abs. 1 S. 1 BGB eine Beweislastumkehr zu Lasten der Eltern statt, da ihre Aufsichtspflichtverletzung widerlegbar vermutet wird. Die Eltern tragen somit nach dem gesetzgeberischen Willen das Schadensrisiko, welches von ihrem Kind für Dritte ausgeht.

Nachdem es in den sechziger und siebziger Jahren bezüglich des § 832 BGB eine kritische Diskussion im Schrifttum zur Vorschrift und den Urteilen der Rechtsprechung in Form von Dissertationen und Aufsätzen gab, war es in den achtziger Jahren ruhiger um die Vorschrift geworden. Ab den neunziger Jahren war die Norm wieder verstärkt Gegenstand von Publikationen. Nahezu unbeachtet blieb dabei, dass durch die Entwicklungen im Verfassungsrecht und im BGB und aufgrund der geänderten gesellschaftlichen Verhältnisse einerseits und der kontinuierlichen Rechtsprechung zum unveränderten § 832 BGB andererseits eine Schiefelage entstanden ist. Dem will diese Arbeit Rechnung tragen.

Ziel der Arbeit ist zu untersuchen, ob das heutige Verständnis der Rechtsprechung von § 832 BGB dem GG, dem Familienrecht und den gesellschaftlichen Verhältnissen für die Familie ausreichend Rechnung trägt. Die Norm § 832 BGB ist seit ihrem In-Kraft-Treten am 01.01.1900 unverändert geblieben; die Rechtsprechung zu § 832 BGB ist insgesamt – von Ausreißern abgesehen – konstant. Es lassen sich bei den von den Gerichten an die Eltern gestellten Anforderungen in den zurückliegenden 104 Jahren keine wesentlichen Veränderungen feststellen; zum Teil wird die Rechtsprechung noch immer vom Familienleitbild der Gesetzesverfasser getragen, einem Familienbild, welches es heute nicht mehr gibt. Dagegen wurde die verfassungsrechtliche Stellung von Familie, Elternrecht und Ehe, auf die § 832 BGB Bezug nimmt, seit 1900 stetig aufgewertet; seit 1949 ist die Wertentscheidung des Art. 6 Abs. 1 GG bei der Anwendung von § 832 BGB zu beachten, was – bis auf wenige Ausnahmen



im Schrifttum – unerörtert blieb. Im Familienrecht waren das Eheleitbild und die Stellung des Kindes seit dem In-Kraft-Treten von § 832 BGB erheblichen rechtlichen Veränderungen unterworfen; die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für Familien in Deutschland haben sich seitdem grundlegend – zu deren Nachteil – verändert, obwohl den Familien bei der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland eine herausragende Bedeutung zukommt.

Bedenken gegen die heutige Rechtsprechung zu § 832 BGB ergeben sich deshalb nicht aus der Rechtsprechung als solcher wegen etwaiger Haftungsverstärkungen. Vielmehr resultieren sie aus den Entwicklungen im Kontext von § 832 BGB, welche bei der Anwendung der Norm nicht genügend beachtet werden. Die Familie wird durch § 832 BGB heute teilweise mit einem Haftungsrisiko belastet, das auf (potentielle) Eltern abschreckend wirkt. Dabei darf die Auslegung von § 832 BGB gerade nicht bei dem ihr am Ende des 19. Jahrhunderts beigelegten Sinn stehen bleiben. Bei der Auslegung und Anwendung einer Norm ist immer zu berücksichtigen, welche vernünftige Funktion sie im Zeitpunkt der Anwendung haben kann. Die einzelne Gesetzesnorm – und so auch § 832 BGB – steht ständig im Kontext der sozialen Verhältnisse und der gesellschaftspolitischen Anschauungen, auf die sie wirken soll; ihr Inhalt kann und muss sich unter Umständen mit ihnen wandeln. Das gilt besonders, wenn sich zwischen Entstehung und Anwendung einer Norm die Lebensverhältnisse und Rechtsanschauungen in Bezug auf den betroffenen Personenkreis so tiefgreifend geändert haben wie im vergangenen Jahrhundert für die Familie.

Im ersten und zweiten Teil der Arbeit wird die bestehende Schieflage aufgrund der kontinuierlichen Rechtsprechung zu § 832 BGB auf der einen und den Veränderungen im Kontext von § 832 BGB auf der anderen Seite herausgearbeitet. Dazu werden im ersten Teil zunächst die Grundlagen der Haftung aus § 832 BGB dargelegt. Zunächst war geplant, nur ausgewählte, markante Urteile herauszugreifen und darzustellen. Die Auswertung der Rechtsprechung ergab jedoch, dass hervorstechende Urteile, welche die Eltern übermäßig be- oder entlasten, deutlich in der Minderzahl sind. Eine nur anhand markanter Urteile erfolgte Darstellung wäre der kontinuierlichen Judikatur zu § 832 BGB nicht gerecht geworden; es wäre ein verzerrtes Bild der Rechtsprechung entstanden. Aus diesem Grund und um die Kontinuität der Rechtsprechung aufzuzeigen, erfolgt eine umfassende Darstellung der ergangenen Urteile zu § 832 BGB, woraus sich ein reales Bild der Elternhaftung nach dieser Vorschrift ergibt. Dabei wurde das entsprechende Schrifttum ausgewertet und berücksichtigt. Die Arbeit beschränkt sich auf eine Untersuchung der Elternhaftung für Aufsichtspflichtverletzungen aus dem Spezialtatbestand des § 832 BGB. Andere allgemeinere Anspruchsgrundlagen gegen die Eltern werden ebenso wenig erläutert wie die Eigenhaftung des Minderjährigen für die von ihm begangene widerrechtliche Handlung.

Die Tatbestandsvoraussetzungen des § 832 Abs. 1 S. 1, Abs. 2 BGB werden in § 1 behandelt. In den nächsten beiden Kapiteln werden die Anforderungen der Rechtsprechung für eine Entlastung der Eltern nach § 832 Abs. 1 S. 2 F 1 BGB beschrieben. Die Prüfung dieser Exkulpationsmöglichkeit steht im Mittelpunkt nahezu aller Urteile zu § 832 BGB. Im Bereich der Aufsichtsführung besteht für Eltern eine weitgehende Unsicherheit, weil § 832 BGB die haftungsrechtlichen Folgen einer Aufsichtspflichtverletzung regelt, Inhalt und Umfang der Aufsichtspflicht im BGB aber überhaupt nicht umrissen werden. Das liegt in der Natur der Sache. Die unendliche Zahl möglicher Aufsichtssituationen macht es unmöglich, starre Kriterien und Richtlinien für die im Schadensfall gebotene Aufsicht gesetzlich zu normieren. So bestimmt die Rechtsprechung in ihren Urteilen zu § 832 BGB das Maß der gebotenen Aufsicht jeweils durch eine Würdigung des konkreten Einzelfalls. Dabei weisen die Gerichte wiederholt darauf hin, dass es nicht ihre Aufgabe sei, verbindliche Richtlinien für die Beaufsichtigung Minderjähriger aufzustellen. Vielmehr entscheiden sie lediglich, ob die von den beklagten Eltern konkret getroffenen Aufsichtsmaßnahmen im gegenständlichen Schadensfall ausreichend waren. Die abstrakten Ausführungen der Gerichte und die jeweilige Entscheidung des Einzelfalls liefern jedoch Anhaltspunkte für die Anforderungen der Rechtsprechung an die Eltern. Nach einer Vielzahl von Urteilen hat sich ein, wenn auch weitgefasster, Rahmen für die Beurteilung der Aufsichtspflicht herausgebildet. Deshalb wird in § 2 die Entwicklung der abstrakten Ausführungen der Gerichte zum Maß der gebotenen Aufsicht dargestellt. Anschließend werden in § 3 die Anforderungen der Rechtsprechung an die Aufsichtspflicht der Eltern in den konkreten Schadenssituationen beschrieben.

In § 4 werden zwei weitere Entlastungsmöglichkeiten für die Eltern erörtert, denen in der praktischen Rechtsanwendung aber nur eine untergeordnete Bedeutung zukommt. Die Darstellung der Elternhaftung aus § 832 Abs. 1 BGB schließt in § 5 mit einer Einschätzung der dargestellten Rechtsprechung.

Im zweiten Teil wird sodann die für § 832 BGB relevante Entwicklung des Verfassungsrechts, des Familienrechts und der Familie in der Gesellschaft dargestellt. Diese Veränderungen im rechtlichen und gesellschaftlichen Kontext legen allesamt eine Änderung der unveränderten Elternhaftung nach § 832 BGB nahe. Zunächst wird in § 1 die verfassungsrechtliche Entwicklung der Institute Ehe und Familie beschrieben. Beide wurden im vergangenen Jahrhundert stetig aufgewertet. Dem heutigen Stellenwert von Ehe und Familie in Art. 6 GG trägt eine umfangreiche und ausdifferenzierte Rechtsprechung des BVerfG Rechnung. Es fehlt aber an einer Umsetzung des verfassungsrechtlichen Stellenwertes bei § 832 BGB. Es ist nicht erkennbar, dass Art. 6 Abs. 1 GG bisher die Rechtsprechung zu § 832 BGB beeinflusst hat. Art. 6 Abs. 2 GG fließt zwar mittelbar über die ihn konkretisierenden Familienrechtsnormen in